

Konkordanz, Koalition oder Konkurrenz?

Autor(en): **Riklin, Alois**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **80 (2000)**

Heft 6

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166288>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Alois Riklin,

geboren 1935, ist seit 1970 Professor für Politikwissenschaft an der Universität St. Gallen, Gründer und Leiter des Instituts für Politikwissenschaft, 1982–1986 Rektor der Universität St. Gallen.

KONKORDANZ, KOALITION ODER KONKURRENZ?

Die Begriffe Konkordanz und Konkurrenz dienen gleichzeitig als Ziel scharfer Kritik und als Projektionswand vielfältiger Wünsche nach Veränderung. Sind die Tage der Konkordanzdemokratie gezählt? Wäre die Konkurrenzdemokratie eine realistische und wünschenswerte Alternative? Oder mindestens die Koalitionsdemokratie? Oder lebt die vielfach tot gesagte Konkordanz länger?

Mindestens alle vier Jahre, wenn Bundesparlament und Bundesrat zu wählen sind, kehren mit unfehlbarer Regelmässigkeit die gleichen Schlagzeilen wieder: Schluss mit der Konkordanz, Schluss mit dem politischen Kuhhandel, Schluss mit dem faulen Zauber der Zauberformel, Schluss mit dem Doppelspiel oppositioneller Regierungsparteien, Schluss mit dem undemokratischen Machtkartell.

Was heisst überhaupt «Konkordanz»? Die Antwort scheint einfach, ist es aber nicht. Es gibt keine Legaldefinition und demzufolge einen gewissen Ermessensspielraum¹. Ich gehe vereinfachend von der folgenden Typologie aus: «Konkordanz» ist eine Demokratieform, in der die Regierung aus mehreren Parteien zusammengesetzt ist, die mindestens zwei Drittel der Volkskammer repräsentieren (Beispiel: Schweiz). «Koalition» ist eine Demokratieform, in der die Regierung aus zwei oder mehr Parteien zusammengesetzt ist, die weniger als zwei Drittel der Volkskammer repräsentieren (Beispiel: Deutschland). «Konkurrenz» ist eine Demokratieform, in der im Rahmen eines Zweiparteiensystems ein regelmässiger Wechsel zwischen Regierung und Opposition stattfindet (Beispiele: Grossbritannien und USA). «Hegemonial» ist eine Demokratieform, in der eine Partei allein oder mit wechselnden Partnern während mehrerer Legislaturperioden die Regierung bildet (Beispiel: Italien zur Zeit der *Democrazia cristiana*).

Die Schweiz hat seit 1848 drei der vier Demokratietypen praktiziert. Von 1848 bis 1891 herrschte die Hegemonialdemokratie, ab 1891 mutierte die Demokratie schrittweise zur Koalition und ab 1943 – mit einem retardierenden Moment – zur Konkordanz. Von 1959 bis 1999 galt für die Zusammensetzung die Zauberformel 2:2:2:1, wobei die Parteien entsprechend ihren Wähleranteilen vertreten waren. Seit 1999

ist die CVP übervertreten und die SVP untervertreten.

Die Konkurrenzdemokratie kam in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates nie zur Anwendung. Wäre sie dennoch eine realistische Option? Und wenn die Konkurrenzdemokratie nicht machbar sein sollte, wäre wenigstens die Koalitionsdemokratie in Form einer Mitte-Rechts-Regierung oder einer Mitte-Links-Regierung eine wünschenswerte Alternative? Sie würde zwar keinen totalen, aber wenigstens einen teilweisen Wechsel von Regierung und Opposition ermöglichen.

Ich wähle zur Klärung des Problems die Methode des *Thomas von Aquin*. Er ist in der «*Summa theologiae*» die Fragestellungen (*questiones*) jeweils in drei Schritten angegangen. In einem ersten Schritt sammelte er die Einwände und Zweifel (*objectiones et dubia*). In einem zweiten Schritt machte er die Gegenargumente namhaft (*sed contra*). Erst im dritten Schritt gab er dann seine eigene Meinung kund (*respondeo dicendum*). «Denn», schrieb der von *Thomas* hochverehrte *Aristoteles*, «wenn wir imstande sind, nach beiden Seiten Bedenken zu erheben, werden wir leichter erkennen, was hier und was dort wahr oder falsch ist».

Im Folgenden beleuchte ich nach diesem Argumentationsmuster in einer Art «Rollenspiel» das Thema von verschiedenen Seiten und äussere abschliessend meine Meinung.

Plädoyer gegen die Konkordanz

«Die Schweiz hat den Krebs.» Das orakelte unlängst nicht irgendwer, sondern der Ständerat einer Partei, die sich für die staatstragende hält. Der Krebs befällt alle Organe. Beginnen wir mit dem Bundesrat. Er ist führungsschwach, zerstritten, gespalten. Gespalten in der Europapolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Umweltpolitik,

¹ Eine Liste mit Literaturhinweisen kann bei der Redaktion der «Schweizer Monatshefte» bestellt werden.

in der Sozialpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Vergangenheitsbewältigung. Das ist nicht erstaunlich. Aus einem parteipolitisch so bunt zusammengewürfelten Gremium von Einzelkämpfern *kann* keine verschworene Gemeinschaft werden. Die sachlichen Zerstrittenheiten und Animositäten werden nicht einmal diskret unter der Decke gehalten. Kaum eine Stunde vergeht, bis nach einer Bundesratssitzung nicht die Interna, auch vertrauliche, durchgesickert sind, vornehmlich an die Ringier-Medien. Neidisch beäugt man die Popularitätskurven der Kollegen. Jeder verwaltet sein Departement und registriert nach dem Sankt-Florian-Prinzip schadenfreudig, wenn andere Häuser angezündet werden. Von Kollegialität keine Spur. Ich gebe zu, dass in jüngster Zeit eine leichte Besserung eingetreten ist, aber keine Heilung des Krebsübels.

Nicht nur die Spitze ist führungs- schwach. Der ganze Entscheidungsprozess ist ineffizient, ineffektiv und innovationsfeindlich. Der Aufwand des vorparlamentarischen, parlamentarischen und nachparlamentarischen Verfahrens der Willensbildung ist, bei geringem Ertrag, enorm. Das Endresultat ist entweder ein Kompromiss am Rande des Status quo oder gar ein Nullentscheid. Dreissig Jahre dauerte der Prozess für die Totalrevision des durch 140 Partialrevisionen unlesbar gewordenen Flickwerks der Bundesverfassung, mit meterlangen Vernehmlassungsfolianten und x Expertenkommissionen. Es reichte in einer Zitterpartie gerade für eine Nachführung des geltenden Rechts. Die Reformprojekte sind gescheitert, die Volksrechtereform ebenso wie die ursprünglich vorgeschlagene Justizreform. Die Parlamentsreformversuche versandeten. Statt der Föderalismusreform wurde der föderalistische Wildwuchs durch die kantonale Regierungskonferenz vermehrt, statt gelichtet. Und das Regierungsreformunternehmen dümpelt nunmehr im zehnten Jahr dahin.

Nicht genug damit! Die Spaltpilze breiten sich aus, von der Regierung zu den Regierungsparteien in Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Bundesratsparteien, allen voran die SVP und die SP, gefallen sich in der Doppelrolle von Machtanteil und Opposition. Dafür erhalten sie bei den Wahlen noch einen Bonus. Ein in Demagogie besonders geübter Repräsentant einer Regierungspartei kann es sich sogar unge-

straft leisten, die *«politische Klasse»* zu verhöhnern, als ob er nicht dazugehörte, und den Bundesrat, einschliesslich des eigenen, als *«das grösste Sicherheitsrisiko des Jahrhunderts»* zu denunzieren.

Wir haben ein überbremstes politisches System. In diesem System gibt es keine klaren politischen Verantwortlichkeiten. Jede Regierungspartei, jeder Bundesrat übernimmt höchstens eine Teilverantwortung. Für das Gesamtsystem sind alle verantwortlich, d.h. niemand. Bisherige Amtsträger werden wiedergewählt, auch wenn ihr Leistungsausweis schwach ist, ja selbst wenn sie mit ihrer Politik Schiffbruch erlitten haben.

Wen wundert es da noch, dass die Staatsverdrossenheit wächst. Ein Symptom dieser Staatsverdrossenheit ist die tiefe und sinkende Stimmbeteiligung. Sie ist auf Bundesebene seit 1945 bei Sachabstimmungen um 20 Prozentpunkte, bei den Nationalratswahlen um 29 Prozentpunkte abgesackt.

Ein *zweites* Indiz ist das sinkende Vertrauen. Gemäss den Repräsentativbefragungen von Univox hat der Anteil derjenigen, die mit der Regierungspolitik zufrieden sind, zwischen 1993 und 1998 von 40 auf 28 Prozent abgenommen, während der Anteil der Unzufriedenen im gleichen Zeitraum von 17 auf 27 Prozent zugenommen hat; die grösste Gruppe von gut 40 Prozent war unentschieden. (Univox II A 1998, S. 3)

Ein *drittes* Indiz sind die Zweifel am Konkordanzsystem in allen Parteien. Die FdP hat sich mit der Zauberformel nie recht abgefunden. Dass die Nicht-Regierungsparteien gegen das Machtkartell seit je aufmuckten, kann man leicht nachempfinden. Die SP spielte 1983 nach der Nichtwahl von *Lilian Uchtenhagen* mit dem selbstgewählten Austritt. Die Zürcher FdP versuchte 1995, die SVP 1999, die Zauberformel zu sprengen. Auch in der CVP, der Erfinderin der Zauberformel, regt sich Skepsis. Selbst Bundesräte sprechen von Abnützungerscheinungen der Konkordanz, vom Schrumpfen des Vorrats an Gemeinsamkeiten.

Wollen wir dem langsamen Absterben der Konkordanz resigniert zusehen? Sollten wir nicht versuchen, mit einem chirurgischen Eingriff dem Krebsgeschwür Herr zu werden? Durch bewussten Systemwechsel zur Konkurrenz- oder mindestens zur Koalitionsdemokratie?

Der
Aufwand des
vorparlamentarischen,
parlamentarischen und
nachparlamentarischen
Verfahrens der
Willensbildung
ist, bei
geringem
Ertrag, enorm.

Die in der Rolle des Kritikers vorgebrachten Argumente gegen die Konkordanz sind keineswegs neu. Das bekannte Klage-
 lied über das angebliche «Helvetische Malaise» scheint mir Ausdruck schweizerischer
 Froschperspektive. Ich weiss nicht, von wem das Wort stammt, aber es passt genau
 auf unser Problem: «*Quand je me regarde, je m'inquiète; quand je me compare, je me ras-
 sure.*» Der Kleinstaat Schweiz ist wirtschaft-
 lich eine Mittelmacht. In bezug auf Lebens-
 standard, Lebensqualität, Wettbewerbs-
 fähigkeit, Beschäftigungsgrad, Patente, No-
 bel-Preise u.a.m. steht unser Land in den
 Spitzenrängen der Weltrangliste.

Plädoyer für die Konkordanz

Die Vertrauenskrise, wenn es sie denn
 tatsächlich gibt, ist kein schweizerisches,
 sondern ein internationales Phänomen.
 Misstrauen gegenüber der Regierung und
 der *classe politique* wird in allen unseren
 Nachbarstaaten konstatiert. In den USA ist
 das Vertrauen in die Regierung von drei
 Vierteln der Amerikaner im Jahr 1964 auf
 einen Viertel gesunken. Vertrauenskrisen
 kann man auch herbeireden. Das politische
 Tier Mensch scheint einen Feind nötig zu
 haben. Wenn es nicht mehr die Juden oder
 die Kommunisten sind, dann halt die Isla-
 misten oder die Eurokraten in Brüssel oder
 die Landesverräter in Bern, welche letztere
 angeblich die Unabhängigkeit und die
 Neutralität preisgeben wollen.

Es gibt auch Gegenindizien zur Ver-
 trauenskrise, beispielsweise die Wähler-
 anteile der Regierungsparteien. Von 1959
 bis 1991 sank er von 85 Prozent auf
 den Tiefstpunkt von 70 Prozent. Man
 glaubte allgemein an einen unaufhaltsamen
 Schrumpfungsprozess der Regierungspar-
 teien und interpretierte das Phänomen als
 Indiz für das langsame Absterben der Kon-
 kordanz. Doch bei den Nationalratswahlen
 1995 trat überraschend eine Trendwende
 ein. Das Stimmungsbarometer stieg auf 74
 Prozent, 1999 sogar auf 81 Prozent. Das
 schlug sich verstärkt in den Mandatsantei-
 len der Bundesratsparteien nieder. Mit 86,5
 Prozent im Nationalrat, 100 Prozent im
 Ständerat und 89 Prozent in der Vereinig-
 ten Bundesversammlung übertrifft der
 Mandatsanteil insgesamt in der laufenden
 Legislaturperiode sogar das Spitzenresultat
 von 1959. Im internationalen Vergleich ist



Peter Paul Rubens (1577–1640), *Bathseba am Springbrunnen*, Öl auf Leinwand, Gemäldegalerie Dresden.

Zweimal missbraucht König David seine Untertanen mit Briefen, die dem Anschein nach allergrösstes Vertrauen von Seiten des Herrschers vorgeben. Vom Dache seines Palastes sieht David Bathseba, die Frau seines Offiziers Uria, am Brunnen. Von Verlangen erfüllt lässt er sie mittels eines schmeichelnden Billetts zu sich kommen. Rubens hat die Szene der Billettübergabe durch einen Diener festgehalten. Uria kämpft währenddessen an der Front gegen die Moabiter. Als er in der Nacht, in der David ihn mit Bathseba betrügt, nach Hause kommt, will er seine Frau nicht sehen, weil sich das für einen im Kriegsdienst stehenden Mann nicht gehört. So erfährt er nicht, was sich zugetragen hat. Doch David treibt die Perfidie auf die Spitze, indem er Uria einen Brief an Joab, seinen Feldherrn, mitgibt, in dem der König diesem aufträgt, Uria an die gefährlichste Stelle zu schicken. Uria fällt in der Schlacht. (Michael Wirth, siehe auch Kommentar zum Titelblatt S. 12)

das ein sensationelles Ergebnis. Normalerweise verlieren Regierungsparteien im Lauf der Zeit an Wählergunst.

Eine Regierungstabilität über volle vierzig Jahre hinweg, dazu mit Aufwärtstrend, ist ein echter Sonderfall.

Die Stimmbastinenz ist kein Gradmesser der Staatsverdrossenheit. Die Stimmbastinenten sind nicht lauter politisch Unzufriedene, sondern auch politisch Zufriedene und politisch Uninteressierte. Vielmehr ist

die tiefe und gesunkene Stimmbeteiligung eine Folge der intensiven und intensivierten direkten Demokratie. Die Hälfte aller Volksabstimmungen auf Bundesebene seit 1848 fand in den letzten dreissig Jahren statt.

Das Volk wünscht mehrheitlich die Konkordanz. Die Repräsentativbefragungen weisen sogar eine steigende Tendenz aus, von 54 Prozent 1994 auf 70 Prozent 1999. (Univox, II A 1994, S. 15; «Sonntagszeitung», 28. November 1999). Die Bevorzugung der Konkordanz durch das Wahlvolk zeigt sich auch in den Kantonen. Obwohl die Stimmbürger in 24 von 26 Ständen die Kantonsregierungen mittels Majorz wählen, entscheiden sie sich überwiegend für den freiwilligen Regierungsproporz. Im Kanton Genf wagte man 1993 eine Mitte-Rechts-Regierung; das Abenteuer scheiterte kläglich; das Volk erteilte der Regierung in der Volksabstimmung eine Abfuhr; 1997 kehrte die SP gestärkt in die Regierung zurück.

Ein weiteres Gegenindiz zur angeblichen Vertrauenskrise sind die Volksabstimmungen. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung haben die Desavouierungen von Bundesrat und Parlamentsmehrheit in Relation zur Zahl der Abstimmungen nicht zugenommen, sondern abgenommen. In der letzten Legislaturperiode fanden auf Bundesebene 34 Volksabstimmungen statt; 28 Mal entschieden sich die Stimmbürger im Sinne von Bundesrat und Parlamentsmehrheit, nur 6 Mal gegen sie. Das ist ein respektabler Leistungsausweis.

Wie präsentiert sich der Leistungsausweis im Vergleich zu Konkurrenz- und Koalitionssystemen? Die deutsche Politikwissenschaftlerin *Heidrun Abromeit* hat die schweizerische Konkordanzdemokratie mit der britischen Konkurrenzdemokratie und der deutschen Koalitionsdemokratie verglichen². Sie kommt zum Schluss, dass die Schweiz nicht schlechter abschneidet. Ungeachtet der Systemunterschiede stellt sie in allen drei Demokratien Kurzfristpolitik, Kleine-Schritte-Politik und Politikblockaden fest. Die eidgenössische Politik mag langweiliger sein als die arenaartigen aufgeregt-theatralischen Gladiatorenshows bipolarer Systeme. Aber es war ein Engländer, *Walter Bagehot*, der schrieb: «Langweiligkeit in Regierungsangelegenheiten ist ein gutes Zeichen.» Und es war der Historiker

Die
Stimmabstinenz
ist kein
Gradmesser
der Staats-
verdrossenheit.

Golo Mann, ein Freund der Schweiz, der die passive der aktiven Regierung vorzog. Eine taufrische Studie von St. Galler Ökonomen bescheinigt der direkten Konkordanzdemokratie der Schweiz in Sachen Staatsquote, Steuerquote und Staatsverschuldung bessere Resultate als repräsentativen Koalitions- und Konkurrenzdemokratien³.

Jede Demokratieform hat Stärken und Schwächen. Die Kritiker der Konkordanzdemokratie nehmen nur die Schwächen wahr und sehen in der Konkurrenz- bzw. Koalitionsdemokratie nur die Stärken. Aber auch letztere weisen offensichtliche Schwächen auf, beispielsweise die kostspieligen Kurswechsel oder die Degradation der Parlamentarier zum «*Stimmvieh*» (*Max Weber*) von Regierungsmehrheit und Opposition. Konkordanzbefürworter ziehen hingegen eine kontinuierliche Politik und das freie Mandat der Parlamentarier vor.

Wenn Wirtschaftsbosse sich ausnahmsweise einmal zur Konkordanzpolitik äussern, dann aber rasch entschlossen mit einem zu kurzen Schnellschuss ihre hierarchischen Führungskonzepte auf die Politik übertragen, einen schlankeren Staat mit monokratischer Führungsspitze und geschwächten Volksrechten fordern, scheinen sie zu ignorieren, dass der Staat andere Werte zu pflegen hat als die Wirtschaft, nämlich demokratische, rechtsstaatliche, sozialstaatliche und föderalistische. Die Wirtschaftsbosse verschweigen auch gern ihre Angewohnheit, die Folgen ihrer Führungsfehler und Sanierungsverluste auf den Staat bzw. den Steuerzahler abzuwälzen.

Der im letzten Jahr allzu früh verstorbene Politikwissenschaftler *Raimund Germann* hat sich über zwanzig Jahre lang am intensivsten mit dem Übergang von der Konkordanz zur Konkurrenz auseinander gesetzt⁴. *Germann* befürwortete diesen Übergang. Sein Katalog der Vorbedingungen spricht zugleich für seine intellektuelle Redlichkeit und für den Utopismus seines Unterfangens. Das Massnahmenpaket, das er zum Gelingen des Systemwechsels für notwendig hält, umfasst die folgenden Eingriffe: 1) Relatives Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen bei den Nationalratswahlen, 2) Berufsparlament, 3) Verringerung der Gesetzgebungskompetenzen des Ständerats, 4) Wahl des Bundesrates allein durch den Nationalrat, 5) starker Bundespräsident mit vierjähriger Amtsdauer, 6)

2 *Heidrun Abromeit*, *Staatstätigkeit und Immobilismus: nur ein Schweizer Phänomen?*, in: *Heidrun Abromeit/Werner H. Pommerehne* (Hrsg.), *Staatstätigkeit in der Schweiz*, Verlag Paul Haupt, Bern 1992, S. 305–325.

3 *Gebhard Kirchgässner/Lars P. Feld/Marcel R. Savioz*, *Die direkte Demokratie – Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*, Verlag Helbing und Lichtenhahn, Basel 1999.

4 *Raimund Germann*, *Staatsreform, Der Übergang zur Konkurrenzdemokratie*, Verlag Paul Haupt, Bern 1994.

Reduktion der obligatorischen Referenden durch Kompetenzvermutung zugunsten des Bundes statt der Kantone, 7) Reduktion des fakultativen Referendums durch Einführung des Parlaments- anstelle des Bürgerreferendums, 8) Erschwerung der Verfassungsinitiative. *Germann* hatte recht: Ohne massiven Abbau der direkten Demokratie und ohne Eingriffe in unser Verfassungssystem ist der Übergang zur Konkurrenz nicht zu bewerkstelligen.

Glaubt jemand im Ernst, dass sich in Volk und Ständen (Kantonen) Mehrheiten für eine solche Rosskur finden lassen? Dass mit unserem angeblich so innovationsfeindlichen Entscheidungsprozess ein so radikaler Innovationsschub machbar ist?

Eigene Beurteilung

Diagnose:

Die Lageanalyse in der Rolle des Konkordanzkritikers scheint mir zwar zu düster. Aber wir befinden uns tatsächlich in einer doppelten Krise der Institutionen und der Aussenbeziehungen.

Die Krise der Institutionen zeigt sich in der Reformunfähigkeit. Regierungsreform, Parlamentsreform, Justizreform, Föderalismusreform, Volksrechte reform, – sie alle sind ganz oder überwiegend auf der Strecke geblieben. Das muss beunruhigen.

*Montesquieu*⁵ und *Burke*⁶ haben sinn- gemäss geschrieben, dass ein Staat langfristig nicht überlebt, der nicht aus eigener Kraft reformfähig ist.

Die Krise der Aussenbeziehungen zeigte sich am sichtbarsten in den drei gescheiterten Volksabstimmungen über den UN-Beitritt (1986), den EWR-Beitritt (1992) und die Blauhalm-Vorlage (1994). Aussenpolitisch ist die Schweiz eine zersplitterte Nation ohne kollektive Handlungsfähigkeit, eine politische Willensnation ohne politischen Willen. Das gute Image der Schweiz im Ausland verblasst, wendet sich wieder wie am Kriegsende zum hässlichen Bild des Trittbrettfahrers, Kriegsgewinners und Eigenbrötlers. Die bilateralen Abkommen mit der EU gewähren eine Verschnaufpause, sind aber keine dauerhafte Lösung. In einem schleichenden Prozess wandelt sich die Schweiz zu einem scheinautomen, scheinsouveränen Nachvollzugsland.

Der Historiker *Herbert Lüthy* hat diese Doppelkrise vor dreissig Jahren geradezu

Es gibt
zur
Konkordanz
keine
erfolg-
versprechende
Alternative.

prophetisch vorausgesehen: «Jedermann spürt mehr oder weniger deutlich, dass all dies (*Lüthy* meinte u.a. die historisch gewachsenen politischen Einrichtungen der Schweiz – A.R.) einer neuen Überprüfung bedarf und dass ein dauerndes Durchwursteln ohne neue grundsätzliche Entscheidungen schliesslich in eine Krise der Institutionen führt. Eine Krise, die sich mit einer noch schwerwiegenderen verbinden könnte, nämlich derjenigen unserer Beziehungen mit der in voller Wandlung begriffenen Aussenwelt.⁷» Genau dies ist unser Doppelproblem heute: aufgestauter innerer Reformdruck und gesteigerte Anforderungen einer äusserst dynamischen Aussenwelt.

Therapie:

Die Konkurrenzdemokratie ist in der Schweiz nicht machbar. Die Koalitionsdemokratie ist machbar; aber es müsste damit gerechnet werden, dass die ausgeschlossene Partei die Regierung durch Referenden und Initiativen am Regieren hindert und dass sie später gestärkt in die Regierung zurückkehren würde.

Nach meiner Meinung gibt es zur Konkordanz keine erfolgversprechende Alternative. Nichts geht ohne das unablässige Zusammenraufen zu halbhatzigen, halbherzigen Kompromissen. Wir müssen lernen, mit einer mittleren politischen (Un-) Zufriedenheit zurecht zu kommen. Wir müssen versuchen, mit und trotz Konkordanz das Bestmögliche aus einer fast hoffnungslosen Situation herauszuholen. Das ist nichts für Begeisterungstürme. «Wir werden in der Politik nie ideale Verhältnisse vorfinden» (*Konrad Adenauer*), in der Konkordanzdemokratie erst recht nicht. Was *Max Weber* für die Politik allgemein formuliert hat, gilt *a fortiori* für die Konkordanzpolitik: «Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich (...) Nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber «dennoch!» zu sagen vermag, nur der hat den «Beruf zur Politik».⁸»

Unter den direktdemokratischen, föderalistischen und sprachpluralistischen Gegebenheiten scheint die Konkordanzdemokratie nach wie vor die schlechteste Demokratieform mit Ausnahme aller übrigen. ♦

5 Montesquieu, *Considerations sur les causes de la grandeur des Romains et de leur décadence*, Paris 1734.

6 Edmund Burke, *Betrachtungen über die Französische Revolution*, Frankfurt/Main 1967.

7 Herbert Lüthy, *Die Schweiz als Antithese*, Edition Arche Noah, Zürich 1969, S. 32.

8 Max Weber, *Politik als Beruf*, Verlag Duncker & Humblot cop., Berlin 1964, S. 67.